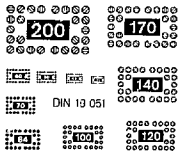


# POLITIK

Oskar Lafontaine

## Fortschritt '90: ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

SPD

Oskar Lafontaine

# Fortschritt '90: ökologisch-soziale Marktwirtschaft.

Im folgenden Text benennt Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Fortschritt '90", die das sozialdemokratische Regierungsprogramm vorbereitet, die Felder, auf denen sich die Bundestagswahl 1990 entscheiden wird.

# Einführung

Hans-Dietrich Genscher hat vor längerem schon den Begriff Gezeitenwechsel in die politische Debatte gebracht. Er hatte ihn auf die Veränderung im Ost-West-Verhältnis gemünzt. Mich hat dieses Bild, das hinter dem Begriff Gezeitenwechsel steht, nicht losgelassen. Und mein Thema, die soziale Gerechtigkeit, das ist der Gezeitenwechsel für unser Land.

Was ist damit gemeint? Eine Politik um des puren Machterhalts allein willen, die fortdauernde Demütigung Andersdenkender und ein Reduzieren des Menschen auf seine Funktion im Produktionsprozeß — der eigentliche unmoralische Kern der Politik dieser Bundesregierung — all dies muß mit einem Gezeitenwechsel sein Ende finden.

Gezeitenwechsel — darunter fällt für mich, daß die menschliche Arbeit ihrer Würde nicht entkleidet werden darf — so wie dies uns Osswald von Nell-Breuning gelehrt hat, der in diesem Jahr hundert Jahre alt geworden ist.

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek
C90-792



## I. Solidität

Aus der Vertrauensarbeit in den Betrieben wissen wir: Glaubwürdigkeit ist der Schlüssel. Es geht nicht nur darum, Vertrauen zu gewinnen, man muß es auch verdienen und es halten. Und deshalb werden wir unseren Wählerinnen und Wählern nur das ankündigen, was wir — entsprechende politische Mehrheit vorausgesetzt — auch halten können.

Dazu gehört auch handwerkliche Solidität. Von jedem Baumeister erwarten wir, daß er vom Fach ist, daß er nicht nur architektonische Visionen hat, sondern das Haus zu bauen weiß. Nichts anderes wird von uns erwartet. Wir haben gute Dienstleistungen zu erbringen.

Und dazu gehört, daß wir unseren Auftraggebern, unseren Wählerinnen und Wählern sagen, was ihr neues Haus kosten soll.

Ich freue mich, daß unser „Finanzkataster" fast zum geflügelten Wort der materiellen Seriosität unserer Vorhaben geworden ist.

Wir werden nur das ankündigen, was finanzierbar ist. Vieles ist wünschenswert und gut begründet. Würden wir alles ins Regierungsprogramm aufnehmen, was sozialdemokratische Parteitage beschlossen haben, fehlten uns 70 Mrd. DM; das Kapitel „Hilfen für die DDR" nicht eingerechnet.

Wer den ökologischen und sozialen Umbau will, muß dem Staat (Bund, Länder und Gemeinden) finanzielle Ressourcen für Reformpolitik geben.

Deshalb ist bei der Neuverschuldung der Weg zu mehr Solidarität unabweisbar.

Trotz der Bundesbankgewinne von insgesamt 72 Mrd. DM wird die Regierung Kohl den Schuldensockel des Bundes von 1983 bis 1990 um 210 Mrd. DM erhöht haben. Das ist ein Anstieg der Bundesschulden in acht Jahren um 69 Prozent! Diese Schulden kosten Zinsen, 1990 allein rund 33 Mrd. DM. Das ist jede neunte Mark im Haushalt.

Bereits heute sind die Zinsausgaben der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt — nach Ausgaben für Soziales (69,6 Mrd. DM) und für Verteidigung (54,2 Mrd. DM). Der Bund gibt 1990 mit 33,3 Mrd. DM für die Zinsen etwa soviel aus wie für Bildung und Wissenschaft (4,1 Mrd. DM), Wohnungsbau (6,4 Mrd. DM), Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit (22,5 Mrd. DM) und Umwelt (1,0 Mrd. DM) zusammen.

Insbesondere der Anstieg der Zinsbelastung engt die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Bundes immer weiter ein und untergräbt die Funktionsfähigkeit unseres Staates. Die Neuverschuldung des Bundes muß zurückgeführt und der Anstieg der Zinsverpflichtungen gebremst werden.

Auch nach der letzten Steuerschätzung kann bei der Verschuldung des Bundes keine Entwarnung gegeben werden. Die Neuverschuldung des Bundes liegt 1990 bei rund 27 Mrd. DM: Nach der Finanzplanung des Bundes wachser die Zinsausgaben bis 1993 etwa doppelt so schnell wie die Bundesausgaben insgesamt. Dadurch steigt der Anteil der Zinsen an den Bundesausgaben, die sogenannte Zinsquote, immer weiter an: nach dem geltenden Finanzplan von 11 Prozent im Jahr 1990 auf 12,5 Prozent im Jahr 1993.

Eine steigende Zinsquote bei sinkender Investitionsquote, das zeigt in aller Deutlichkeit die strukturelle Fehlentwicklung in der Haushaltspolitik der Regierung Kohl. Statt Zukunftsinvestitionen hinterläßt diese Bundesregierung unseren Kindern zunehmend drückende Zinsverpflichtungen. Mit einer verantwortungsvollen und zukunftsgerechten Finanzpolitik ist das nicht vereinbar. Deshalb muß der Anstieg der Zinsquote durch Begrenzung der Netto-Kreditaufnahme gestoppt werden.

Durch die Erhöhung der Grundfreibeträge in der Lohn- und Einkommensteuer im Zuge der Rückgabe der erhöhten Energiesteuern stoppen wir den Marsch in den Lohnsteuerstaat.

Für weitergehende Steuersenkungsankündigungen sehen wir keinen finanziellen Spielraum.

Insbesondere wenden wir uns gegen die von der Bundesregierung angekündigten Pläne, 25 Mrd. DM Unternehmensteuerentlastung zu betreiben. Weder ist diese gigantische Steuerentlastung wirtschaftspolitisch geboten, noch sozialpolitisch verträglich und im übrigen auch nicht solide finanziert. Hier wiederholt sich das durch die Steuerreformdiskussion der letzten Legislaturperiode sattsam bekannte Spiel: Vermeintliche Wohltaten werden vor der Wahl angekündigt, der in hohem Maße unsoziale und damit unverantwortliche Preis derartiger Wahlgeschenke (Erhöhung der Neuverschuldung, kein Geld für unabweisbar notwendige beschäftigungsfördernde und ökologisch orientierte Investitionen, Erhöhung der Verbrauchssteuern,

was insbesondere die unteren Einkommensgruppen belastet, um Steuerentlastungen für Unternehmen decken zu können) wird verschwiegen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Ich füge hinzu: Gerade angesichts der aktuellen Zinsentwicklung auf den Kapitalmärkten darf es auch DDR-Hilfsprogramme auf Pump nicht geben. Wer riskiert, aus Gründen der nationalen Besoffenheit, die Zinsen nach oben zu treiben, legt die Axt an die Lebensbedingungen unserer Arbeitnehmer. Häuslebauer würden in den Ruin getrieben, der Bau-Boom würde zusammenbrechen.

Deshalb meine klare Position: Es kann nicht so sein, daß der kleine Mann bei uns in Existenznöte getrieben wird, damit sich drüben das Kapital eine goldene Nase verdient.

## II. Bewußtsein für Ökologie fördern

Ich bin besorgt, daß ein sich belebender Chauvinismus den Blick auf die vordringlichen Aufgaben unserer Gesellschaft verstellt.

Wir sind stolz darauf: Als Frucht der Arbeiterbewegung hat sich bei uns die Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt.

Die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ist die Jahrhundertaufgabe. Übrigens: Hüben wie drüben, im Osten wie im Westen, in der EG wie in ganz Europa, in den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern.

Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft gibt dem Modell Deutschland, mit dem wir einst in Wahlkämpfe zogen, einen ganz anderen, einen neuen Sinn.

Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Politik des „Weiter so" nirgendwo verhängnisvoller ist, als auf dem Sektor der Umweltpolitik.

Derzeit werden an einem einzigen Tag weltweit mehr Kohle, Erdgas und Erdöl verbraucht, als die Erde in 1000 Jahren hervorbringen konnte. Dies geht vor allem auf das Konto der Industrieländer, in denen ein Viertel der Weltbevölkerung mehr als drei Viertel aller Energie und Rohstoffe verbraucht.

Die Folgen ungehemmter Energieverschwendung und Umweltverschmutzung sind in den letzten Jahren sichtbar geworden:

- Zerstörung des Schutzes der Erdatmosphäre
- Gefährdung der Lebensarten
- Gesundheitsgefährdung durch Luftverschmutzung und Lärmbelästigung
- Gefährdung der natürlichen Ernährungskette durch Überdüngung, Pflanzenbehandlungsmittel und unsachgemäße Fütterung
- Gefährdung unserer Alpen
- gigantische Altlasten in Boden und Wasser
- kaum zu bewältigendes Müllaufkommen
- Gefährdung der Seen, Flüsse und selbst der Meere, wie mit der Algenpest sichtbar geworden, und auch des Trinkwassers
- wachsende Umweltkriminalität
- Verkehrsinfarkt in den Städten, Überlastung der Fernstraßen, zunehmende Luftbelastung trotz des Katalysators mit allen Folgen für das
- nach wie vor ungebremste Waldsterben.

Dabei ist von der Bedrohung der Menschheit durch atomare, chemische und biologische Überrüstung und durch die nicht beherrschbare Kernenergie und die ungeklärte Entsorgung noch gar nicht die Rede.

Wer angesichts dieser gigantischen Bedrohungen weiterhin verdrängt, vor angeblich irrationalen Ängsten warnt oder der „Weiter so"-Politik zuredet, der handelt nicht nur unvernünftig, sondern auch gefährlich.

Eine wesentliche Ursache der Umweltprobleme ist die Energieverschwendung. Der Energieverbrauch eines US-Amerikaners ist rund 32 mal so hoch wie der eines Inders.

Insofern müssen gerade die Industrieländer beim Energiesparen und der rationellen Energienutzung vorangehen. Die Dritte Welt kann das nicht.

Die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 hat sich in diesem Sinne auf eine Reihe von Vorschlägen verständigt. Sie sind im wesentlichen bekannt. Ich will hier nur auf einige Punkte eingehen, nach denen ich immer wieder gefragt werde.

Im Mittelpunkt steht die Verringerung von Energieumwandlung und eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft. Daher ist der rationelle Umgang mit Energie der wichtigste Beitrag für den Umweltschutz. Dies soll über die ökologische Besteuerung des Energieverbrauchs erreicht werden. Die Erhöhung der Energiebesteuerung muß spürbar ausfallen, damit sie effektiv zum Energiesparen veranlaßt.

Im Unterschied zu den Verbrauchssteuererhöhungen der Bundesregierung zur Finanzierung der sozial ungerechten Steuerreform und zu den sozial nicht abgefederten Vorschlägen der Grünen will Fortschritt '90 nicht beim Bürger Kasse machen.

Die Einnahmen aus der höheren Energiebesteuerung, rund 30 Mrd. DM, werden durch Steuersenkungen, soziale Ausgleichsleistungen für Nichtsteuerzahler und als Investition in den Umweltschutz zurückgegeben.

Dadurch werden die höheren Energiepreise sozial verträglich und verstärken dennoch die Marktanreize.

Wer Energie spart, der gewinnt, wer mit der Umwelt Raubbau betreibt, der muß zahlen.

Die Rückgabe besteht aus einer Reihe von Elementen

- Steuererleichterungen,
- Abschaffung der KFZ-Steuer,
- soziale Ausgleichsleistungen für Nichtsteuerzahler,
- Förderung von Umweltinvestitionen.

### Rückgabe durch Steuererleichterungen

Wir wollen eine deutliche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer durch eine Erhöhung des Grundfreibetrages von heute 5600/11200 DM (Ledige/Verheiratete) auf rund 8000/16000 DM, die alle Einkommensschichten gleichermaßen entlastet, also im Unterschied zur Steuerreform der Bundesregierung die Besserverdienenden nicht bevorteilt.

Die bisherige Kilometerpauschale (seit 1. 1. 1990 50 Pf/km) für die Fahrten mit dem PKW zur Arbeit wird in eine allgemeine ökologisch orientierte Entfernungspauschale umgewandelt. Nicht nur die Autofahrer, auch die Mitfahrer bei Fahrgemeinschaften, die Nutzer des öffentlichen Personenverkehrs und die Fahrradfahrer dürfen künftig 50 Pf pro Kilometer steuerlich absetzen. Wer eine Fahrgemeinschaft bildet oder mit Bahn und Bus zur Arbeit fährt und sein Auto stehen läßt, der spart Energie und schützt die Umwelt. Dieses umweltfreundliche Verhalten wird durch die Entfernungspauschale honoriert.

Außerdem wollen wir eine Fernpendlerpauschale von zusätzlich 20 Pf/km zur Entfernungspauschale von 50 Pf/km einführen, weil das Auto in der Fläche auf dem Weg zur Arbeit weiterhin unersetzbar sein wird.

### Rückgabe durch Abschaffung der KFZ-Steuer

Wir wollen die KFZ-Steuer abschaffen, weil die Umlagung auf Mineralölsteuer nicht das Halten, sondern das Fahren eines PKW versteuert.

Die Orientierung der KFZ-Steuer an den Schadstoffen ist nur die zweitbeste Lösung, da sie kaum Anreize bietet, weniger Energie zu verbrauchen. Wir brauchen Übergangsregelungen für diejenigen Fahrzeughalter, die Katalysatorfahrzeuge fahren und deshalb von der KFZ-Steuer befreit sind. Für Schwerbehinderte wird es einen Ausgleich geben.

### Soziale Ausgleichsleistungen für Nichtsteuerzahler

Neben der Abschaffung der KFZ-Steuer soll aber die Erhöhung der Energiesteuern auch an die Nichtsteuerzahler zurückgegeben werden, die nicht durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Erweiterungs- und Fernpendlerpauschale gewinnen können.

Für Zahlungen, bei denen Nettolöhne oder -Gehälter zugrunde gelegt werden (Renten, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) wirken sich die Steuererleichterungen direkt aus. Für die Rentner ist wegen der erst nachträglichen Rentenanpassung eine einmalige Abschlagzahlung vorgesehen. Zu prüfen ist, ob darüber hinaus für die Bezieher kleiner Renten, die neben diesen Renten keine anderen Einkünfte haben, weitere Zahlungen erforderlich sind.

Für die Bezieher von BAföG und Sozialhilfe werden die Zahlungen erhöht. Mit diesen erhöhten Transferleistungen soll erreicht werden, daß die Mehrkosten aus der Erhö-

hung der Energiesteuern für die Fahrleistung eines Mittelklassewagens bis ca. 10000 km im Jahr sowie die höheren Heizkosten ausgeglichen werden.

### Förderung von Umweltinvestitionen

Einen Teil der ca. 30 Mrd. DM Mehreinnahmen aus der höheren Energiebesteuerung wollen wir für Umweltinvestitionen, insbesondere für

— Energiesparinvestitionen bei Gebäuden

— und die Fortsetzung und Weiterentwicklung der steuerlichen Förderung von Umweltschutzinvestitionen in Betrieben

nutzen.

Die Wirtschaft wird die höheren Energiesteuern auf die Preise überwälzen. Neben der steuerlichen Förderung von Umweltinvestitionen sind daher keine gesonderten Entlastungen vorzusehen. Diese und die allgemein vorgesehene Rückgabe (Abschaffung der KFZ-Steuer betrifft auch Geschäfts-PKW, Verbesserung des Grundfreibetrages gilt auch für die Unternehmer) bringen auch für die Wirtschaft und die Unternehmer eine Entlastung (ca. 5,5 Mrd. DM des ca. 30 Mrd. DM-Rückgabe-Volumens).

### Konzept im EG-Rahmen

Mit der höheren Energiebesteuerung befinden wir uns im oberen Drittel heutiger Marktpreise der EG und innerhalb des EG-rechtlichen Spielraums. Für den LKW-Verkehr brauchen wir eine EG-einheitliche Regelung. Bis dahin soll die auch von der Bundesregierung vorgesehene Schwerverkehrsgebühr für inländische und ausländische LKW's erhoben und der Öko-Steueraufschlag auf die Mineralölsteuer für Diesel zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen an Transportunternehmen zurückgegeben werden.

### Energieproduktivität

Die Stärkung der Marktkräfte zum Energiesparen wird zweifach wirken, auf der Nachfrage- und auf der Angebotsseite:

— Auf der Nachfrageseite, weil z. B., bezogen auf die Mineralölsteuer, Mehraufwendungen von gut DM 20 pro Tankfüllung jedermann zum Nachdenken bringen, ob der PKW nicht sparsamer genutzt werden kann bzw. auf einen sparsameren PKW umgestiegen werden kann. Dies hat sich bei den Ölpreisschocks in der Vergangenheit gezeigt.

— Auf der Angebotsseite werden somit technische Innovationen zum Energiesparen (z. B. Öko-Polo) gefördert. Damit wirken unsere Pläne auch wirtschaftlich positiv.

Wir sehen als zentralen Punkt unserer Wirtschaftspolitik die Steigerung der Energieproduktivität, d. h. eine bessere Ausnutzung der eingesetzten Energie. Wer sich auf den Märkten der Zukunft behaupten will, der muß jetzt dafür sorgen, daß durch die Steigerung der Energieproduktivität unsere Volkswirtschaft die notwendigen Schritte zu mehr Wettbewerbsfähigkeit einleitet.

Unsere Techniker, unsere Industrie haben das Know-how, unsere Umwelttechnologie zur Nummer Eins in der Welt – zum Exportschlager – zu machen. Es geht darum, den ökologischen Innovationskräften der Wirtschaft eine Chance zu geben.

### Stärkung der Alternativen zum Auto

Die öffentlichen Alternativen zum Auto, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und die Deutsche Bundesbahn, sollen gefördert werden.

Notwendig ist eine neue Verkehrspolitik, die ihre Schwerpunkte wie folgt setzt:

— Modernisierung und Ausbau der Deutschen Bundesbahn,

— Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene,

— Ausbau und Neuorganisation des öffentlichen Personennahverkehrs in Städten und im ländlichen Raum,

— Nutzung des technischen Fortschritts zur Entwicklung ökologisch verträglicher Verkehrsmittel.

Die Maßnahmen dieses ökologisch orientierten verkehrspolitischen Konzepts werden solide finanziert durch Einsparungen beim Fernstraßenbau (500 Millionen DM jährlich) und durch das bei der vorgesehenen Energiebesteuerung automatisch anfallende Mehrwertsteueraufkommen (4,5 Mrd. DM).

Zusammenfassend bin ich davon überzeugt:

**Wenn Sozialdemokraten die Bundesregierung stellen, werden wir für alle sichtbar auf dem Felde der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen einen entscheidenden Schritt machen.** Das setzt viel Mut zur Werbung auch für Unbequemes voraus. Doch ich vertraue auf die Einsicht unserer Bevölkerung: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben begriffen, daß eine gesunde Umwelt ein wichtiges Element unseres Wohlstandes ist.

## III. Soziale Gerechtigkeit schaffen

Gelegentlich sind wir gemahnt worden, bei unserem Engagement für den ökologischen Umbau, das zweite Standbein der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, den sozialen Umbau nicht zu vernachlässigen.

Keine Sorge, das habe ich schon auf dem Parteitag in Berlin gesagt: Hier werden wir die Schwarzen nicht aus der Verantwortung lassen, hier werden wir sie jagen!

Ich habe diese Mahnungen auch deshalb nicht verstanden, weil für mich der ökologische und der soziale Umbau eine untrennbare Einheit ist. Rudolf Dreßler hat das im Deutschen Bundestag so formuliert: „Wer beispielsweise einen Weg findet, die Belastung von Luft, von Wasser und Erde mit gesundheitsschädlichen Stoffen zu minimieren, der verringert auch die heutigen hohen Kosten für Erkrankungen der Atemwege oder des Herz- und Kreislaufsystems". Unsere Vorschläge zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft werden Ökologie und Ökonomie zusammenbringen. Sie erfüllen eine doppelte Funktion, die Umwelt zu schützen und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Umweltinvestitionen stärken unseren ökologischen Wohlstand, sie fördern den ökologischen Strukturwandel und schaffen Arbeitsplätze.

Dies wollen wir mit einer Reihe ökologisch orientierter Investitionsprogramme, die alle zur Verwirklichung von „Arbeit und Umwelt" beitragen, erreichen:

— Mit unseren Vorschlägen zur Neuorientierung der Verkehrspolitik durch Stärkung des ÖPNV und der Bundesbahn,

— durch die steuerliche Förderung von Energiesparinvestitionen bei Gebäuden und betrieblichen Umweltinvestitionen,

— durch den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und

— durch die Fortschreibung des traditionellen Programms „Arbeit und Umwelt".

Letzteres, die Fortschreibung, ist schon deshalb notwendig, weil der Anteil aus der Finanzierung, der durch die Erhöhung der Energiesteuern vorgesehen war, anderweitig vergeben ist.

Das Programm „Arbeit und Umwelt" wird private und öffentliche Investitionen für die ökologische Erneuerung fördern und zur Beseitigung der Altlasten in den Fällen beitragen, in denen das Verursacherprinzip nicht angewandt werden kann. Altlastensanierung, Abfallbeseitigung, Abwasserreinigung, die Sanierung öffentlicher und privater Kanalnetze, Energiesparen, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Asbestsanierung und die Einführung umweltfreundlicher Verfahren und Produkte sind Investitionsfelder, in denen dringender ökologischer Handlungsbedarf besteht.

### Sozialen Wohnungsbau fördern

Das dritte große beschäftigungsfördernde Investitionsprogramm – neben der Verkehrspolitik und dem Programm „Arbeit und Umwelt" – ist die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus.

1. Wir brauchen auf absehbare Zeit jährlich mindestens 350000 neue Wohneinheiten, um die Zahl der Obdachlosen und die anderer Wohnungsnotfälle nicht noch weiter anwachsen zu lassen, d. h. gut 100000 über die tatsächlichen Fertigstellungszahlen hinaus.

2. Priorität hat für uns ab 1990 der soziale Wohnungsbau mit jährlich 100000 neuen Sozialwohnungen. Ab 1990 für eine Zeitspanne von mindestens fünf Jahren.

Gerade weil das so ist, haben wir in der jüngsten Sitzung klar und präzise gesagt:

Es kann nicht angehen, daß sich die schon vorhandene Wohnungsnot dadurch zur Katastrophe auswächst, daß die Bundesregierung tatenlos der wachsenden Zahl von Aus- und Übersiedlern zusieht. Das geht nicht für uns, auch nicht für die, die zu uns kommen und für die Länder, aus denen sie kommen, schon gar nicht.

Deshalb haben wir unmißverständlich gesagt: Alle Anreize, zu uns zu kommen, müssen abgeschafft werden:

— Wir wollen das Eingliederungsgeld abschaffen,

— das Fremdrentengesetz wegfallen lassen,

— das Notaufnahmeverfahren abschaffen,

— die Auffanglager schließen und

— die besonderen Eingliederungshilfen für

— Übersiedler beseitigen.

## Aktive Arbeitsmarktpolitik

Hochkonjunktur und Wirtschaftswachstum über Jahre haben den gesellschaftlichen Skandal der Massenarbeitslosigkeit um die Zwei-Millionen-Grenze nicht mildern können. Deshalb muß neben den beschäftigungsfördernden Investitionsprogrammen (Arbeit und Umwelt, Verkehr, Wohnungsbau) jetzt der Akzent auf Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung gesetzt werden.

Wir finden uns mit der Massenarbeitslosigkeit nicht ab und wollen deshalb auch die vorhandene Arbeit gerechter verteilen. Der gewerkschaftliche Kampf für die 35-Stunden-Woche findet meine prinzipielle Unterstützung. Doch kann die dadurch entstehende Nachfrage nach Arbeitskräften nur gedeckt werden, wenn es gelingt, bisher Arbeitslose entsprechend der Nachfrage zu qualifizieren. Insofern sind Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung zwei Seiten einer Medaille. Deshalb brauchen wir eine Qualifizierungsoffensive.

In diesem Sinne hat die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 folgendes Maßnahmenbündel beschlossen:

Wir fordern ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz.

Wir fordern ein Programm, in dem der Staat verpflichtet ist, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Jugendlichen einen Arbeitsplatz zu geben.

Die Bundesländer sind aufgefordert, den gesetzlichen Weiterbildungsurlaub für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszudehnen, wie wir das gerade im Saarland gemacht haben. Wir unterstützen betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen durch Ausweitung der Rechte des Betriebsrates, Unterstützung für Klein- und Mittelbetriebe und im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahmen, besonders für Minderqualifizierte.

## Vermögensbeteiligung fortführen

Demokratische Wirtschaftsstrukturen müssen untrennbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft sein. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die breite Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und die somit verstärkte Einflußmöglichkeit auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Dazu muß den Arbeitnehmern die Wahl zwischen einem breiten Spektrum an Beteiligungsformen ermöglicht werden. Betriebliche und überbetriebliche Lösungen (Tariffonds, Anlage-Genossenschaften) sind dabei gleichberechtigt zu behandeln. Deshalb schlagen wir vor:

— Tariffonds und Anlage-Genossenschaften in die bestehende Förderung einzubeziehen und damit

— den Arbeitnehmern vielfältigere Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Anlageformen der vermögenswirksamen Leistungen zu sichern,

— gesetzliche Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von Tariffonds auf der Grundlage des SPD-Vorschlags von 1986 zu schaffen,

— betriebliche Arbeitnehmerbeteiligungen für den Konkursfall über Fondslösungen, Bankbürgschaften oder privatisierungsrechtliche Modelle abzusichern.

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auch in der Familienpolitik ist die Zeit reif für mehr soziale Gerechtigkeit.

Familien haben heute zwei herausragende Schwierigkeiten:

1. Die materiellen Belastungen vor allem für die jüngeren Familien sind zu hoch und im Vergleich zu kinderlosen Ehepaaren ungerecht.
2. Die Möglichkeiten, Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden, sind in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Staaten besonders schlecht.

Wir wollen deshalb:

— Einheitliches Kindergeld von mindestens DM 200,— für jedes Kind (denn entscheidend ist die Erleichterung der Verwirklichung des ersten Kinderwunsches); für Familien ab vier Kindern gibt es einen zusätzlichen Familienzuschlag. Damit ersetzen wir das unübersichtliche System aus einkommensabhängigem Kindergeld, unsozial wirkenden Kinderfreibeträgen und nicht kalkulierbarem Kindergeldzuschlag.

  Die Finanzierung erfolgt insbesondere durch die Umgestaltung des Ehegattensplittings (das nicht Familien, sondern Ehen fördert) und durch den Ersatz der Kinderfreibeträge (die Spitzenverdiener 2½ mal so hoch entlasten wie Normalverdiener).

— Wiedereinführung des Schüler-BAföG.

— Gesetzliche Einführung einer dreijährigen Arbeitsplatzgarantie zur Betreuung von Kindern.

— Langfristig eine Ausweitung des bezahlten Elternurlaubs mit dem Ziel, für beide Elternteile die Inanspruchnahme attraktiv zu machen.

— Anhebung des Freistellungsanspruchs zur Betreuung erkrankter Kinder.

— Verbesserte Leistungen für Alleinerziehende:

  - Da Alleinerziehende oftmals aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sind, den Elternurlaub in Anspruch zu nehmen, wollen wir für diese Personengruppe ein erhöhtes Erziehungsgeld zahlen.
  - Wir wollen die Leistungen der Unterhaltsvorschußkassen verbessern und damit verhindern, daß Frauen und deren Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn der geschiedene Mann seinen Unterhaltspflichten nicht nachkommt.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist freilich die Sicherung der Kinderbetreuung.

Wir wollen als ersten Schritt einen Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung für alle Kinder im entsprechenden Alter gesetzlich verankern. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der bestehende Mangel an Kinderhorten, Kinderkrippen, Tagesmüttern, Kindertagesstätten und Ganztagesschulen beseitigt wird.

Das Maßnahmenbündel wird insgesamt die positive Entscheidung für die Familiengründung erleichtern. Wir wissen, daß eine materielle Gleichstellung von Ehepaaren mit Familien nicht erreicht werden kann, weil die Kosten pro Kind, die über den Lebenszyklus kumulieren, je nach Ausbildungsdauer den Gegenwert etwa einer Eigentumswohnung (im Falle einer Hauptschulausbildung) bzw. den eines Reiheneinfamilienhauses (im Falle eines Hochschulstudiums) darstellt. Aber mehr soziale Gerechtigkeit auf diesem Sektor ist notwendig.

Es kann nicht angehen, daß der Staat für die Eheförderung mittels Ehegattensplitting (gegenwärtig: 24 Mrd. DM) mehr aufwendet als für die Familienförderung mittels Kindergeld (gegenwärtig: 15 Mrd. DM)

Deshalb sieht unser Vorschlag vor, 6 Mrd. DM durch Kappung des Ehegattensplittingvorteils auf maximal DM 6000,— (wirkt ab einem Bruttojahresverdienst von rund DM 100000) zum Kindergeld umzuschichten.

Dies beseitigt auch eine verteilungspolitische Schlagseite: Beträgt nämlich der Splittingvorteil bei Ehepaaren unter 50000 DM Bruttojahreseinkommen keine 2000 DM, steigert er sich bei Spitzenverdienern (Bruttojahreseinkommen: 300000 DM) auf DM 22842,—.

Unser Vorschlag (Kappung des Splittings, Streichung der Kinderfreibeträge, dafür einheitlich erhöhtes Kindergeld von DM 200,— pro Kind) hat eine positive Verteilungswirkung.

Bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von DM 100000 verbessert sich eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern um ca. DM 1500,—.

Ab einem Jahresbruttoeinkommen von DM 150000 stellt sie sich freilich gegenüber der geltenden ungerechten Rechtslage deutlich schlechter.

Unsere Vorschläge zum Familienlastenausgleich sind ein ehrlicher Beitrag zur Familienförderung. Ihre Durchsetzung stellt zugleich einen Beitrag zum Umbau des Sozialstaates dar.

Ich schildere Euch das so eindringlich, weil dies alles gigantische Aufgaben sind. Mit Eurer Überzeugungskraft in den Betrieben, bei Freunden und Nachbarn haben wir eine Chance, Mehrheiten für unser ehrgeiziges Programm für soziale Gerechtigkeit zu erringen.

## Umbau des Sozialstaates

Viele der vorgenannten Vorhaben zur Schaffung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft dienen gleichzeitig dem Sozialstaat:

— die Vorschläge zum ökologischen Umbau dienen der Gesundheit,

— die Vorschläge Arbeit und Wohlstand für alle dienen der sozialen Gerechtigkeit,

— die Vorschläge zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf reflektieren unmittelbar das Gebot der Sozialstaatlichkeit.

Der soziale Umbau durchzieht wie der ökologische unser Programm als ein roter Faden.

Die Themenpalette vervollständigt sich mit unseren Vorhaben zur

— Gesundheitsreform

— Pflege

— soziale Grundsicherung und

— Alterssicherung

## Gesundheitsreform

Unsere Vorstellungen zur Gesundheitsreform zielen auf folgende Punkte ab:

1. Eine Organisationsreform der Krankenversicherung ist zum Zwecke ihrer Funktionsfähigkeit und zur Wahrung der Interessen der Patienten notwendig. Dabei wollen wir u. a. den gravierenden und gegen den Grundsatz der Gleichheit der Lebensverhältnisse verstoßenden Beitragssatzunterschieden von bis zu acht Prozent durch einen bundesweiten Belastungsausgleich innerhalb jeder Kassenart (der die unterschiedlichen Risikostrukturen der einzelnen Kassen berücksichtigt) gezielt entgegenwirken.

2. Wir wollen, daß der kaum zu überschauende, durch eine Vielfalt von Präparaten aufgeblähte Arzneimittelmarkt gesichtet und sinnvoll geordnet wird. Dies ist die Aufgabe eines gemeinsam von Ärzten, Apotheken und Krankenkassen neu zu gründenden Instituts (aufbauend auf den Erfahrungen des Schweizer Instituts).

Künftig sollen Krankenkassen und Pharmazeutische Industrie über die Preise der vom Arzneimittelinstitut als geeignet beurteilten Präparate Verhandlungen führen und sie danach eine Liste der verordnungsfähigen Präparate (Positiv-Liste) zusammenstellen.

Wir wollen die Blüm'sche Gesundheitsreform in folgenden Bereichen revidieren:

— Rücknahme der zum 1. 1. 1991 wirksamen (!) hohen Selbstbeteiligung von 10 Prozent bis zu DM 15,— pro Medikament und beim Krankenhausaufenthalt;

— Rückkehr zum Sachleistungsprinzip bei Zahnersatz und Kieferorthopädie,

— Rücknahme der Fahrkostenbelastung für Behinderte, alte Menschen und chronisch Kranke,

— Aufstockung des Sterbegeldes auf wieder DM 3500,—.

Nennenswerte Einsparungen sind zu erreichen u. a. durch Einführung einer Positiv-Liste, d. h. durch die Begrenzung der verschreibungsfähigen Medikamente, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, eine wirksame Preisfestsetzung und die Begrenzung der Krankenhauskosten (schrittweise Einführung diagnosebezogener Fallpauschalen).

Die notwendigen Korrekturen werden von uns unverzüglich angegangen und werden durch die von uns vorgesehenen Einsparungen bei den Krankenkassen finanziert.

## Pflege

Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Familien ist unbefriedigend. Durch die absehbare Bevölkerungsentwicklung wird diese Situation noch verschärft. Es steigt der Anteil älterer Mitbürger, die ein erhöhtes Pflegebedürftigkeitsrisiko tragen, gleichzeitig sinkt der Anteil an jüngeren Familienmitgliedern, die sich der Pflege ihrer Angehörigen widmen könnten.

Die Pflegebedürftigen sind heute größtenteils von der Sozialhilfe abhängig, die soziale Sicherung pflegender Angehöriger wird vernachlässigt. Die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 hat sich daher nach langen und vielfältigen Beratungen darauf verständigt, einen eigenständigen neuen Sozialversicherungszweig „Gesetzliche Pflegeversicherung" einzuführen. Er soll zwar organisatorisch zur gesetzlichen Krankenversicherung gehören, aber rechnerisch und finanziell davon getrennt gehalten werden.

Wir hoffen, daß damit künftig folgende Leistungen erbracht werden:

Nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit werden gestaffelte Pflegegelder bei ambulanter und stationärer Pflege gezahlt.

Durch eine Erhöhung des Pflegegeldes für ambulant versorgte Pflegebedürftige für 30 Tage im Jahr wird sichergestellt, daß bei Krankheit oder Urlaub der ständigen Pflegeperson die Pflege durch Ersatzkräfte vorgenommen werden kann.



Die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen werden auf der Grundlage von 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten gezahlt.

## Soziale Grundsicherung

Die Arbeitsgruppe Fortschritt '90 hat sich intensiv mit dem Projekt soziale Grundsicherung befaßt.

1. Das Konzept soziale Grundsicherung ist in der Arbeitsgruppe sachlich kaum umstritten. Es erscheint angesichts der Notlage einer wachsenden Zahl in der Bundesrepublik lebender Menschen wohl begründet. Auch die angestrebte Sozialunion mit der DDR läßt hier Handlungsbedarf erkennen.

2. Es besteht ferner Einigkeit darüber, daß ein derartiges Projekt einen zeitlichen Vorlauf im Gesetzgebungsverfahren erfordert, der Realisierungsmöglichkeiten im besten Falle erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode geben würde.

3. Angesichts der materiellen Unwägbarkeiten durch die Entwicklung in der DDR und der finanziellen Größenordnung des Projektes (Bundeshaushalt: 11,6 Mrd. DM in der leistungsniveauneutralen Variante, 14,3 Mrd. DM bei 25prozentiger Niveauerhöhung) hat die Arbeitsgruppe entschieden, dieses Projekt im Regierungsprogramm nicht anzukündigen.

## Rentenreform

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört unabdingbar die Sicherheit der Rentenzahlungen. Kein Thema unserer Innenpolitik ist so angstbeladen wie eine Rentendebatte. Das ist verständlich. Wer fürchtet, nach dem Arbeitsleben trotz jahrzehntelang gezahlter Beiträge ein überaus kärgliches Ruhegeld zu bekommen, der muß sich um die Früchte seines Arbeitslebens betrogen fühlen.

Täuschen wir uns nicht: Viele Millionen Frauen und Männer, vor allem aber Frauen, haben nach einem langen und auch harten Arbeitsleben keine Mark zu verschenken. Für die bleibt ein Überwintern im Süden zum Beispiel ein Traum, der sich nie erfüllen wird.

Die Rente ist im übrigen längst kein reines Thema mehr für die Älteren. Heute beginnen 30jährige systematisch ihre materielle Ausstattung im Alter zu planen. Heute sitzt die Sorge um die Rente längst im 35jährigen. Das gab es früher nicht. Das macht auch besondere Sorgsamkeit beim Umgang mit dem Rententhema nötig.

Daher war es richtig, daß die Sozialdemokraten ihre Mitarbeit bei der Rentenreform anboten. Ein Teil unserer Forderungen wurde durchgesetzt; anderes von der Koalition verworfen und abgeblockt.

Unter dem Strich hat es sich ausgezahlt, bei den Renten die Zusammenarbeit zu suchen. Ohne uns wäre die Rentenreform zu einem ähnlichen Desaster geworden wie die sogenannte Strukturreform im Gesundheitswesen. Nur mit uns konnte wenigstens ein Stück sozialer Gerechtigkeit durchgesetzt werden.

Ich habe mir einmal vorgestellt, was passieren würde, wenn die Rentenreform unter den heutigen Verhältnissen durchgeführt werden müßte. Glaubt einer, der Blüm oder der Kohl würden die Rentenreform heute anpacken?

Kann man sich vorstellen, daß diese Bundesregierung bei uns den Beitragszahlern höhere Lasten zumutet und gleichzeitig Milliarden zur Sanierung der DDR-Alterskassen lockermacht? Die Rentenreform liegenlassen und parallel die DDR-Altersversorgung subventionieren, das wäre die zweite Möglichkeit.

Den ersten Weg würde diese Regierung nie gehen, weil sie dazu die innere Kraft nicht besitzt. Der zweite Weg führt uns in ein Finanzdesaster. Es ist ein schon gütiges Geschick, das uns auf Jahre eine angstbeladene Rentendebatte erspart hat. Mit der Rentenreform 1992 ist die Finanzierung der Alterssicherung auf längere Sicht gewährleistet.

Für die Deckung des darüber hinausgehenden Finanzbedarfs muß aber schon in den 90er Jahren Vorsorge getroffen werden. Eine Option für die SPD ist ein wertschöpfungsorientierter Arbeitgeberbeitrag.

Außerdem bleibt die Frage der grundsätzlichen Reform der Alterssicherung der Frauen auch nach Verabschiedung des im Konsens mit den Koalitionsparteien erarbeiteten Rentenreformgesetzes 1992 auf der Tagesordnung. Es gilt, die 1985 weitgehend ergebnislos abgebrochene Reformdiskussion über Teilhaberrente und eigenständige Pflichtversicherung von haushaltsführenden Ehegatten neu aufzugreifen und die rentenpolitischen Konsequenzen aus den Veränderungen der Familienstrukturen und der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu ziehen. An die Stelle des heutigen Systems der „abgeleiteten" Hinterbliebenenrente, das noch immer auf dem Leitbild der In-

benslangen Alleinverdiener-Ehe beruht, müssen eigenständige Rentenanwartschaften der Frauen treten. Dabei sollen auch die Regelungen zur rentenrechtlichen Anerkennung der Kindererziehung verbessert werden. Dies ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß der Bundeszuschuß entsprechend aufgestockt werden kann.

Es ist das Ziel der SPD, im Laufe der nächsten Wahlperiode ein geschlossenes Konzept zur Reform der Alterssicherung der Frauen zu erarbeiten, das zu Beginn der übernächsten Wahlperiode in Kraft gesetzt werden kann.

Aber eines ist klar:

Daß die Weiterentwicklung unseres Sozialstaates nur mit der Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit den Gewerkschaften möglich ist. Weil das so ist, habe ich Franz Steinkühler für den Fall entsprechender Mehrheiten in die Hand versprochen: Die Korrektur des § 116 AFG wird zu den Maßnahmen der ersten 100 Tage gehören.

## IV. Chancen zur Abrüstung nutzen

Neben dem ökologischen und sozialen Umbau gibt es einen dritten Bereich, von dem ich überzeugt bin, daß wir grundlegende fortschrittliche Reformen in Gang bringen werden: ich meine den Bereich der Abrüstung

Die Entwicklungen in Europa bieten eine einmalige Chance, die durch die Entschlußlosigkeit der Bundesregierung nicht verspielt werden darf. Wer bei 10fachem Overkill jetzt immer noch nicht erkennt, daß Sicherheit nur durch Abrüstung statt immer mehr Waffen geschaffen wird, dem ist nicht mehr zu helfen.

Wir werden durch klare Maßnahmen deutliche Signale setzen:

(1) Wir werden Rüstungsprogramme wie Jäger 90 und andere Großwaffensysteme stoppen.

(2) Wir werden die militärischen Tiefflüge beenden.

(3) Wir werden den Grundwehrdienst auf maximal 12 Monate begrenzen.

(4) Wir werden Manöver drastisch reduzieren.

(5) Wir werden Lieferungen von Kriegswaffen und Rüstungsgeräten in Entwicklungsländer, in Spannungsgebiete, an Militärdiktaturen und an Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden, nicht genehmigen. Rüstungsexporte dürfen nur noch in westliche Industrieländer (OECD) erfolgen, der Endverbleib in diesen Ländern muß gesichert sein.

(6) Bei den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Wien (VKSE) und bei der geplanten KSZE-Konferenz wollen wir eine drastische Reduzierung der Streitkräfte in Europa und ihre strikt defensive Umstrukturierung erreichen.

Die Personalstärke der Bundeswehr soll halbiert werden. Für ein vereintes Deutschland streben wir eine weitere drastische Reduzierung der — in eine europäische Sicherheitsstruktur eingebundene — deutschen Streitkräfte an.

(7) Wir werden militärische Anlagen deutlich reduzieren.

(8) Bei der Verringerung der militärischen Präsenz müssen regionale Strukturprobleme berücksichtigt werden. Deshalb müssen Truppenverringerungen vordringlich in strukturstarken Regionen bzw. Ballungsgebieten erfolgen. Dabei sind auch Schwerpunktverlagerungen der Streitkräfte aus den Ballungsgebieten in strukturschwache Regionen vorzunehmen. Wo militärische Standorte in strukturschwachen Regionen stillgelegt werden, müssen regionalpolitische Maßnahmen zur wirtschaftlichen Umstrukturierung vorgesehen werden. Die rechtzeitige Umstellung der Rüstungsunternehmen auf zivile Produktion ist ureigenste Aufgabe der Unternehmen.

(9) Wir wollen das Konzept der atomaren Abschreckung beseitigen. Die NATO muß die Strategie der Vorneverteidigung, der flexible response und des atomaren Ersteinsatzes aufgeben.

Wir wollen, daß alle Atom- und chemischen Waffen für immer vom deutschen Boden abgezogen werden.

(10) Die Militärblöcke verlieren ihre Funktion. Wir streben ihre Auflösung an. Unser Ziel ist ein Vertrag zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, das die bisherigen Militärbündnisse ablöst.

(11) Der Prozeß der gesellschaftlichen Einheit soll mit der Herausbildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems verkoppelt werden. Dieses System kann stufenweise aufgebaut werden. Die Vollendung der bundesstaatlichen Einheit muß parallel mit der Errichtung der ersten Stufe des europäischen Sicherheitssystems erfolgen, in das die Streitkräfte der beteiligten europäischen Staaten eingebunden sind.

(12) Die SPD wird den Verteidigungshaushalt um mindestens 5 Mrd. DM reduzieren. Weitere Einsparungen im Haushalt werden u. a. durch die Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr erreicht.

Freiwerdende Finanzmittel werden für regionale Förderung der betroffenen Gebiete, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, den Wohnungsbau, die Hilfe für die Länder der Dritten Welt sowie den Aufbau in der DDR und den Reformländern Ost-Europas verwendet.

## Schlußwort

Mein Streiten für mehr soziale Gerechtigkeit läßt die Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung oder neue Wege in der Wirtschaftspolitik weit hinter sich. Es geht mir um die Menschen. Neues, und vor allem soziales Engagement, entsteht zuerst einmal in den Köpfen. Wo die Menschen leben, arbeiten, sich streiten und lieben, dort wird über soziale Gerechtigkeit entschieden. Und dabei sind die sozialdemokratischen Arbeitnehmer nicht wegzudenken. Sie sind notwendige Bedingung, daß mehr soziale Gerechtigkeit Wirklichkeit werden kann.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 4-90—A 1—10 Bestell-Nr. 200 001 4